

NORDRHEIN-WESTFALEN IM FOKUS: KOMMT DIE SPD ZURÜCK ODER REGIERT AB MAI SCHWARZ-GRÜN?

Gabriel und das Comeback von Rot-Grün

Wenn er denn besorgt sein sollte, dass da seiner Partei womöglich gerade ein sicher geglaubter Koalitionspartner von der Fahne geht – Sigmar Gabriel lässt es sich jedenfalls nicht anmerken. „Nicht der Untergang des Abendlandes“ wäre das, so der SPD-Vorsitzende mit Blick auf die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai. Denn ein schwarz-grünes Bündnis werde für die SPD neue Optionen eröffnen: die Rückeroberung der rot-grünen Wähler. Und der neuen Debatte kann Gabriel immerhin als positiv abgewinnen, dass die in den Umfragen derzeit boomenden Grünen als „zweite liberale Partei“ schließlich die FDP als Regierungspartner „verzichtbar“ machten.

VON DIETRICH EICKMEIER

Der neue SPD-Vorsitzende, seit nunmehr 100 Tagen im Amt, weiß natürlich um die anhaltende Schwäche seiner eigenen Partei in den Meinungsumfragen, weiß, dass das 23-Prozent-Desaster Ergebnis eines langjährig schleichenden Vertrauensverlustes ist, der nur ganz allmählich wieder wettgemacht werden könne. Auch wenn die Lebensgeister und ein bisschen mehr Zuversicht angesichts des schwarz-gelben Fehlstarts in die eigenen Reihen zurückgekehrt sind. Besonders in Nordrhein-Westfalen, wo die Sozialdemokraten mit Hannelore Kraft in den vergangenen Wochen gegenüber der CDU von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers aufgeholt haben. „Da stehen wir deutlich besser da als im Bund“, und deshalb gebe es in Düsseldorf auch eine „realistische“ Perspektive für eine rot-grüne Mehrheit.

Ein „Swing von zwei bis drei Prozent“ werde beide Parteien nach vorne bringen, sind Gabriel und seine Generalsekretärin Andrea Nahles überzeugt. Ein schwarz-grünes Bündnis zu begründen, werde den NRW-Grünen mit ihrer eher links orientierten Basis jedenfalls „sehr schwer fallen“, so der SPD-Chef: „Wer indifferent wird, riskiert Glaubwürdigkeit.“

NRW als kleine Bundestagswahl

Das wissen natürlich auch die Grünen – und schweigen lieber zu der von Unionspolitikern angezettelten Schwarz-Grün-Debatte. Wohl wissend, dass ein solches Bündnis zumindest in den Meinungsumfragen seine ursprünglichen Schrecken verloren hat. Lieber sonnt sich Parteichef Cem Özdemir im Umfragehoch: „Der Begriff der Elastizität müsste neu definiert werden“, sagt er und verlangt für den Fall der Fälle vom Düsseldorfer Regierungschef „eine völlige Umkehr all dessen, wofür Rüttgers in den letzten Jahren stand“.

Seit die Meinungsforscher einen Trend ausgemacht haben, der die Verteidigung der gemeinsamen Regierungsmacht in Düsseldorf für Schwarz-Gelb zur Zitterpartie werden lässt, rüsten die Bundesparteien für die Landtagswahl an Rhein und Ruhr, zwischen Aachen und Minden kräftig auf.



In der Zusammenarbeit mit den Grünen hat Sigmar Gabriel bereits Erfahrung – wie zum Beispiel im niedersächsischen Landtag als Fraktionschef mit seiner grünen Amtskollegin Rebecca Harms (Foto aus dem Jahr 2003).

FOTO: DPA

Der Umengang wird wie eine kleine Bundestagswahl betrachtet und vorbereitet. Nicht allein, weil es kurzfristig dabei auch um die Mehrheit im bislang von Union und FDP dominierten Bundesrat geht, sondern weil Wahlen im bevölkerungsreichsten Land in der Geschichte der Bundesrepublik schon häufig politische Entwicklungen im Bund vorwegnahmen. Hier begründeten der Sozialdemokrat Heinz Kühn und FDP-Schwergewicht Willi Weyer 1966 die erste sozialliberale Koalition, der drei Jahre später die gemeinsame Bundesregierung unter Willy Brandt und Walter Scheel folgte. In Düsseldorf bildete 1995 der spätere Bundespräsident Johannes Rau, wenn auch widerwillig, mit dem Grünen Michael Vesper die erste rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen und bereitete damit für 1998 Gerhard Schröder und Joscha Fischer den Weg. Und in Düsseldorf endete im Mai 2005 Rot-Grün und wurde abgelöst von Jürgen Rüttgers mit seinem angesichts des Hotelsteuer-Debakels und der schlechten Umfragewerte jetzt so nervös gewordenen FDP-Partner Andreas Pinkwart.

Und nun Schwarz-Grün? Das Allzeit-Hoch der Grünen in der politischen Stim-

mung der Deutschen hat sie für die größere politische Konkurrenz attraktiv wie nie zuvor gemacht. Für die Liberalen ist das eine echte Gefahr, die sie zunehmend nervös werden lässt. Zwar sagt Guido Westerwelle trotzig, er sei „sehr optimistisch, dass die Wähler in Nordrhein-Westfalen sich gegen den Linksrutsch stemmen“, sich auch gegen Schwarz-Grün entscheiden würden, weil in beiden Fällen „die Leistungsgerechtigkeit unter die Räder“ käme – doch sein Misstrauen ist groß, dass Rüttgers mit wohlwollender Billigung von Angela Merkel auf die Erweiterung der politischen Optionen für die CDU hinarbeitet.

FDP misstraut Rüttgers und Merkel

So wie Ole von Beust in Hamburg oder beim erst von seinem Nachfolger Stefan Mappus und der CDU-Fraktion gestoppten Versuch des Günther Oettinger, die FDP nach der Landtagswahl 2006 in Baden-Württemberg auszubooten und durch die Grünen in seinem Kabinett zu ersetzen. Auffallend auch, dass Westerwelle-Vertraute in Berlin jetzt Geschichten von nicht eingehaltenen Absprachen erzählen. Offiziell hält die CDU noch daran fest, die Koali-

tion mit der FDP in Nordrhein-Westfalen fortsetzen zu wollen. Beide Parteien hätten die größten Gemeinsamkeiten, sagt etwa Fraktionsgeschäftsführer Peter Altmaier: „Immer dort, wenn es Mehrheiten gibt für eine CDU/FDP-Koalition, werden wir diese in aller Regel auch schließen.“ Aber der aus dem Saarland stammende CDU-Politiker, der seit zwei Jahrzehnten über enge Drähte zu den Grünen verfügt, weist vorsichtshalber schon mal darauf hin, dass Parteien in einem Fünf-Parteien-System anders koalitionsfähig sein müssten als früher und lockt: Die Grünen müssten sich nun „aus der babylonischen Gefangenschaft der SPD“ befreien. Ein CDU-Kabinettsmitglied wird noch deutlicher: „Wenn es für Schwarz-Gelb nicht reicht, gibt es Schwarz-Grün oder eine Große Koalition.“ Denn: „Politische Mehrheiten sind keine Liebesbeziehungen.“

Das gilt auch für die neue SPD-Führung, auch wenn die dabei ist, die in der Zeit der Großen Koalition ein wenig eingeschlafenen Beziehungen zu den Grünen wieder zu beleben. Gemeinsame Initiativen im Bundestag zu Parlamentsreform, Begrenzung von Parteispenden oder zum Asse-

schuss künden ebenso davon wie der verabredete außerparlamentarische Protest gegen die von Schwarz-Gelb geplante, wenn auch koalitionsintern noch heftig umstrittene Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken. Am 24. April werden sie mit den Bürgerinitiativen der Atomkraftgegner quer durch Hamburg und zwischen Krümmel und Brunsbüttel eine 120 Kilometer lange Menschenkette bilden – Sigmar Gabriel, Claudia Roth und Renate Künast Hand in Hand.

Gabriel hatte vor seiner Wahl zum SPD-Vorsitzenden angekündigt, dass mit seinem Einzug ins Willy-Brandt-Haus ein neuer Wind in der Partei wehen solle, dass man engere Kontakte zu Umwelt-, Jugendverbänden und anderen nicht-staatlichen Initiativen suchen werde, um die SPD wieder in der Bevölkerung zu verankern. Man müsse wieder die „Nervenden“ in der Gesellschaft finden, so Gabriel.

Sicht- und hörbarer Protest gegen Schwarz-Gelb auf der einen Seite und zugleich verantwortungsvolle Parlamentsarbeit, die nicht einfach über Bord kippt, was man vor der Wahl noch für richtig angesehen hat, wie etwa den Afghanistan-Einsatz oder die Verfassungsänderung zur Rettung der Jobcenter, bestimmen den Kurs der neuen SPD-Führung. Sie setzt vor allem auch darauf, inhaltliche Alternativen zur Regierungspolitik in der Steuer-, Arbeitsmarkt- und in der Wirtschaftspolitik sowie in der Gesellschaftspolitik zu entwickeln und durch eine Parteireform nicht nur den Parteimitgliedern mehr Mitwirkungsmöglichkeiten einzuräumen. Gabriel, der davon ausgeht, dass seine Partei erst allmählich wieder verlorengegangenes Vertrauen und damit Wähler zurückgewinnen kann: „Es reicht nicht, da nur weiter zu machen, wo wir 2009 aufgehört haben.“

Neues Miteinander der SPD-Spitze

Ein Prozess, der sich zunächst in aller Stille entwickelt hat – und in großer Geschlossenheit. Jedenfalls hat das Trio der so unterschiedlichen Charaktere Gabriel, Nahles und Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sich allen Unkenrufen zum Trotz bislang nicht zerstritten, sondern ein ziemlich reibungsloses Miteinander gefunden. Die ersten Werten in Berlin nach der Bundestagswahl, Gabriel werde Steinmeier innerhalb eines Vierteljahres stürzen, um ganz allein die Rolle des Oppositionsführers zu übernehmen, werden in diesen Tagen gerade verloren. In der SPD-Spitze geht man inzwischen eher davon aus, dass vor allem das Duo aus Parteichef und Fraktionsvorsitzendem die gesamte Wahlperiode hält. Auffallend denn auch, wie demonstrativ Gabriel Steinmeier derzeit lobt: „Ich könnte meine Arbeit nicht so machen, wenn Frank die Fraktion nicht so gut führen würde.“ Und: „Wir brauchen einander, weil er Dinge kann, die ich nicht kann. Und umgekehrt.“ Ein neuerlicher Machtkampf, fasst ein Präsidiumsmitglied die Stimmung zusammen, „würde uns von Mitgliedern und Anhängern auch nicht verziehen“.

CDU-Affäre fordert erstes Opfer

NRW-Generalsekretär tritt zurück – doch was ist mit Rüttgers?

VON JÜRGEN ZURHEIDE

Düsseldorf. Die Opposition gibt sich nicht damit zufrieden, dass der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers die Verantwortung für die Affäre rings um die CDU-Veranstaltungen auf Generalsekretär Hendrik Wüst abzuschieben versucht. Als Landesvorsitzender der nordrhein-westfälischen CDU könne er sich nicht darauf zurückziehen, von den Vorgängen nichts gewusst zu haben, klagen SPD und Grüne gleichermaßen. Wüst trat wegen der Affäre gestern zurück.

Unterdessen tauchen immer neue Dokumente auf, die belegen, dass die Landes-CDU, aber auch die Landesregierung massiv mit dem Einsatz von Jürgen Rüttgers um Sponsoren geworben haben. Das Angebot klang verlockend: Wer sich entschlossen hatte, für den CDU Parteitag im Juni 2008 das Partnerpaket 3 zu buchen, durfte nicht nur darauf hoffen, Rüttgers persönlich die Hand zu schütteln, er hatte zugleich auch die Möglichkeit, ein Einzelgespräch mit dem Regierungschef zu führen. Telefonisch wurde bei solchen Gelegenheiten auch schon mal der Hinweis gegeben: „Wir sind Regierungspartei, das ist eben ein bisschen teurer.“ Für dieses Partnerpaket 3 mussten Unternehmen damals 12000 Euro an die CDU zahlen.

Im Vergleich zum demnächst stattfindenden Parteitag in Münster ist das vergleichsweise günstig: Wer für den 20. März das Partnerpaket 3 mit dem Einzelgespräch mit Rüttgers gebucht hat, musste dafür schon 20000 Euro auf den Tisch blättern. Noch teurer wird der Kontakt zum Ministerpräsidenten und den Düsseldorfer Kabinettsmitgliedern, wenn sich Unternehmen entscheiden, die CDU-Zukunftskongresse zu besuchen. Dort kann man als Platinsponsor für 22000 Euro nicht nur die Ausstellungsflä-

che buchen, man hat auch die Gelegenheit, beim Abendessen am besten VIP-Tisch neben Rüttgers Platz zu nehmen. In den Telefongesprächen wird man im Übrigen darauf hingewiesen, dass man, sollte man sich für den Platinstatus entscheiden, natürlich bei der Podiumsdiskussion einen so günstigen Platz zugewiesen bekommt, dass einen die Kameras besonders häufig einfangen. Dieser Zeitung liegen Dokumente vor, die zeigen, dass diese Praxis bei allen Zukunftskongressen der nordrhein-westfälischen CDU üblich war.

Jürgen Rüttgers zeigt sich überrascht. Dass er oder andere Mitglieder seines Kabinetts käuflich seien, wie er empört zurück. „Das ist ein absurder Vorwurf“, reagierte er auf entsprechende Meldungen. Seinen nun zurückgetretenen Generalsekretär hatte er zuvor angewiesen, die aktuellen Briefe für den Parteitag zurückzuziehen. Die Opposition zeigt sich allerdings wenig beeindruckt. „Herr Rüttgers ist der Landesvorsitzende, er trägt die Verantwortung“, sagt Oppositionsführerin Hannelore Kraft von der SPD. Die Grünen sehen es ähnlich. „Von den Jubelspielen zu den Rubelspielen“, textete Spitzenkandidatin Sylvia Löhrmann unter Hinweis auf die vielen glamourösen Veranstaltungen, mit denen sich Jürgen Rüttgers in den zurückliegenden Jahren immer wieder inszeniert hat.

Dass Rüttgers die Praxis nicht gekannt hat, ist unwahrscheinlich. Schon im Jahre 2004, also ein Jahr vor seiner Wahl, wurde öffentlich darüber diskutiert, ob die Finanzierung der CDU-Zukunftskongresse nicht über eine Art verdeckter Parteispende laufe. Damals wurden wortgleiche Briefe wie heute an die Unternehmen geschickt, auch damals wurde mit der Nähe zu Jürgen Rüttgers argumentiert. Die Preise lagen allerdings niedriger: 2004 kostete das VIP-Paket nur 14000 Euro.



Generalsekretär Hendrik Wüst. FOTO: DPA

Ein neues Bündnis an Rhein und Ruhr?

CDU und FDP machen mehr als nur eine kurze Krise durch – Schwarz-Grün könnte ein Ausweg sein

VON LOTHAR PROBST

Bremen. Der gegenwärtige Zustand der schwarz-gelben Koalition und ihre sinkenden Umfragewerte haben die Tür für allerlei Spekulationen weit geöffnet. Am deutlichsten zeigen dies die Reaktionen auf die Bemerkung von Umweltminister Norbert Röttgen, dass man möglichst bald aus der Atomenergie aussteigen solle. Während zunächst von liberaler Seite der Vorstoß von Röttgen als Ausdruck „schwarz-grüner Blühträume“ gedeutet wurde, wurde später darüber spekuliert, ob es sich dabei sogar um eine Verschwörung gegen den CDU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder handle. In jedem Fall wird hinter Röttgens Bemerkung ein kalkulierter Plan vermutet. Für Irritationen innerhalb der CDU und erst recht der Liberalen dürfte jedoch besorgt haben, dass die Kanzlerin zunächst ihrem Umweltminister Flankenschutz gab.

Man darf vor diesem Hintergrund vermuten, dass es mit Blick auf die Wahl in Nordrhein-Westfalen tatsächlich um mehr geht, als nur um Muskelspiele innerhalb der Koalition beziehungsweise der CDU. Es wäre zu einfach, dem Umweltminister, der Kanzlerin und dem amtierenden NRW-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers zu unterstellen, dass sie mit fliegenden Fahnen ein schwarz-grünes Bündnis an Rhein und Ruhr anstreben. Gegenwärtig geht es wohl eher darum, sich alle Optionen offen zu halten – eine Strategie, mit der es die Kanzlerin schon vor der Bundestagswahl verstanden hat, ihre Machtposition abzusichern.

Wenn man es nüchtern betrachtet, ohne darin gleich die Vorboten eines schwarz-grünen Projekts zu sehen, dann hätte eine Koalition aus CDU und Grünen in NRW einen entscheidenden Vorteil für die Union: Sie wäre im doppelten Sinne ein Disziplinierungsinstrument der CDU gegenüber der FDP. Man würde den Liberalen nicht nur drohend klar machen können, dass man gegebenenfalls auch mit der Konkurrenz koalieren kann, sondern man würde

vor allem die Steuerpläne der FDP in Schach halten können, wenn die Bundesratsmehrheit für Schwarz-Gelb nach der NRW-Wahl verloren ginge.

Ob mehr als dieses machttaktische Kalkül hinter den gegenwärtigen Diskussionen über eine schwarz-grüne Koalition steckt, ist schwer zu sagen. Es wird immer wieder darauf verwiesen, dass es in NRW zahlreiche gut funktionierende schwarz-grüne Bündnisse auf kommunaler Ebene gibt. So haben zum Beispiel CDU und Grüne im Rhein-Sieg-Kreis, dem zweitgrößten Landkreis in NRW und gleichzeitig auch Röttgens Wahlkreis, für den Zeitraum von 2009 bis 2014 eine Koalitionsvereinbarung getroffen, in der es heißt: „Diese Koalition ... steht für eine Politik von ökologischer und sozialer Verantwortung sowie wirtschaftspolitischer Vernunft, für eine Politik der Mitte und des Augenmaßes.“

FDP in der Falle

Denkt man über gegenwärtige Machtspielen hinaus und gibt diesem Satz eine programmatisch weiterreichende Bedeutung, dann könnte aus Schwarz und Grün tatsächlich ein Bündnis werden, das mehr ist, als nur die Verwaltung der Tagesprobleme und das wenig realistische schwarz-gelbe Versprechen auf mehr Wachstum und Wohlstand sowie weniger Steuern und das bei gleichzeitig wachsender Staatsverschuldung. Die FDP hat sich auf Gedeih und Verderb auf Steuersenkungen festgelegt und kommt aus dieser Falle nicht mehr heraus, will sie nicht ihre Glaubwürdigkeit einbüßen. Sie verdankt diesem Thema ihre Wahlerfolge der letzten Jahre und erfährt jetzt, dass einer Partei zu vollmundige Versprechen schnell auf die Füße fallen.

Die Union ihrerseits ist am Scheideweg. In der Vergangenheit hat sie allzu oft eine höhere Staatsverschuldung in Kauf genommen, weil sich mit dem Thema Steuersenkungen Vorteile im Parteienwettbewerb erzielen ließen. Die signifikant angestiegene Staatsverschuldung kollidiert aber zuneh-

mend mit dem Anspruch der Union, sparsam wie die viel beschworene „schwäbische Hausfrau“ mit den öffentlichen Finanzen umzugehen und die Staatsverschuldung nicht weiter auf die Spitze zu treiben. Wie wichtig dieses Anliegen mittlerweile ist, zeigen neuere Umfragen, in denen die hohen Schulden immer mehr Bundesbürger beunruhigen und ganz oben beim „Sorgen-Barometer“ rangieren. Die Union tut also gut daran, der FDP in Bezug auf weitere Steuersenkungen die Stirn zu bieten.

Es stellt sich darüber hinaus die Frage, ob die gegenwärtigen Konflikte in der schwarz-gelben Koalition nicht mehr sind, als nur eine temporäre Krisenphase. Sie können auch als ein Menetekel dafür gedeutet werden, dass Union und FDP sich in den letzten elf Jahren voneinander entfremdet haben und unterschiedliche Ziele verfolgen. Ein schwarz-gelbes Projekt lässt sich auf der Basis der gegenwärtig auseinanderdriftenden Orientierungen beider Parteien jedenfalls nicht ausmachen.

Ein Projekt, das ökologische und finanzielle Nachhaltigkeit – auch im Sinne der vorsorgenden Gerechtigkeit für zukünftige Generationen – zusammenbringt und der Staatsverschuldung den Kampf ansagt, hätte dagegen durchaus das Potenzial für eine Mehrheit in der Bevölkerung. Das wäre dann aber eine andere Koalition der Mitte. Insofern könnten die machttaktischen Spielchen um die beste Ausgangsposition für die Wahl in NRW am Ende doch noch die Tür für schwarz-grüne Blühtäume öffnen.



Der Autor Prof. Dr. Lothar Probst ist Mitglied des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bremen, Leiter des Arbeitsbereichs Wahl-, Partei- und Partizipationsforschung und Autor zahlreicher Publikationen.